

Stand: 20.04.2026 06:36:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4571

"Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4571 vom 06.11.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5720 des SO vom 14.11.2019
4. Beschluss des Plenums 18/5975 vom 29.01.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine zügige Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 05.11.2019 (1 BvL 7/16) zu Sanktionen im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (II) einzusetzen.

Dabei sollten folgende Änderungen der Sanktionen besonders berücksichtigt werden:

- Deckelung der maximalen Höhe der Sanktionen, wie vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil gefordert
- Möglichkeit zur Gewährung von Sachleistungen statt Geldleistungen durch das Jobcenter als Alternative zu einer Sanktion
- Schaffung einer Möglichkeit zu einer Abmilderung oder Rücknahme einer Sanktion, beim Nachholen einer zuvor nicht erfüllten Pflicht
- Einführung eines psychosozialen Coachings bei einer Sanktionierung, sodass weitere Sanktionierung vermieden wird oder Gründe für eine Rücknahme der ausgesprochenen Sanktion ermittelt werden
- klare Regelung zur Einleitung von Sanktionen und zur Aufhebung bereits ausgesprochener Sanktionen im Rahmen des Ermessensspielraums

### **Begründung:**

In seinem Urteil vom 05.11.2019 (1 BvL 7/16) hat das Bundesverfassungsgericht das Prinzip des Förderns und Forderns im Sozialgesetzbuch II für verfassungsmäßig erklärt. Dies ist ein wichtiges Urteil, denn es bestätigt, dass der Staat die Gewährung von Grundsicherungsleistungen auch an die Einhaltung bestimmter Pflichten koppeln kann. Ein ähnlicher Ansatz findet sich in vielen anderen Lebensbereichen, wie zum Beispiel, dass eine Nicht-Zahlung von Steuern zu einer Sanktion führt oder auch das unentschuldigte Nichterscheinen in Arbeit eine Sanktion in Form einer Abmahnung oder Kündigung nach sich ziehen kann. Bei einer vollständigen Abschaffung der Sanktionen wären also diejenigen, die Steuern einzahlen und somit die Auszahlung von Grundsicherungsleistungen erst ermöglichen, einer deutlich stärkeren Belastung ausgesetzt als die Grundsicherungsempfänger. Es ist daher konsequent, dass die Gewährung von Grundsicherungsleistungen denselben Regeln folgt.

Einen Teil der Sanktionen nach § 31 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) in Verbindung mit §§ 31a und 31b SGB II hat jedoch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Zudem wurde der Gesetzgeber dazu aufgefordert, an dieser Stelle nachzubessern und die entsprechenden Regelungen zu überarbeiten. Vor allem die pauschale Anwendung der Sanktionen wurde vom Bundesverfassungsgericht kriti-

siert, sowie die Höhe der Sanktionen bei wiederholten Pflichtverletzungen. Die Verhängung von Sanktionen in Höhe von 60 Prozent und 100 Prozent wurde mit sofortiger Wirkung für verfassungswidrig erklärt.

Die Freien Demokraten fordern bereits seit einiger Zeit Anpassungen des Sanktionsregimes im Sozialgesetzbuch II. Da das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber dazu aufgefordert hat, entsprechende Anpassungen vorzunehmen, sollten diese auch im Sinne der betroffenen Menschen möglichst zügig umgesetzt werden. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bestätigt, dass Sanktionen lediglich in 3 Prozent der Fälle verhängt werden und es zu einer Vollsanktionierung nur in 0,2 Prozent der Fälle kommt. Dies ist ein Beweis dafür, dass die Jobcenter mit diesem Instrument maßvoll umgehen und dieses nicht missbrauchen. Zudem sind 77 Prozent aller ausgesprochenen Sanktionen darauf hinzuweisen, dass Termine beim Jobcenter unentschuldigt nicht wahrgenommen wurden<sup>1</sup>. Für ein solches Meldeversäumnis wird jedoch eine Sanktion in Höhe von 10 Prozent ausgesprochen.

Es muss jetzt im Rahmen der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Barrieren für eine zügige Neuregelung gesorgt werden. So sollte im Sozialgesetzbuch II klar festgelegt werden, wie hoch die Sanktion für ein wiederholtes Meldeversäumnis ausfallen soll. In Ausnahmefällen sieht auch das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit zur Überschreitung dieser Höhe oder der bisher geltenden Dauer der Sanktion bei wiederholten Pflichtverletzungen<sup>2</sup>. Dies sollte im Rahmen von entsprechenden Studien überprüft werden und ggfs. davon Gebrauch gemacht werden.

Auch die Gewährung von Sachleistungen wurde im Rahmen der Verhandlungen und des Urteils angesprochen. Hier sollte eine Regelung geschaffen werden, nach welcher bei einer Sanktionierung sofort Sachleistungen gewährt werden, damit es vor allem bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern nicht zu einer Unterdeckung kommt. Auch sollte überlegt werden, ob sich prinzipiell die Gewährung von Sachleistungen nicht als eine Alternative zu den bestehenden Sanktionen eignet.

Die bisherigen Regelungen ermöglichen keine Verkürzung der Sanktionsdauer, sobald der Sanktionierte seiner zuvor nicht erfüllten Pflicht nachträglich nachkommt. Dies wirkt sich jedoch demotivierend aus, da überhaupt kein Anreiz zu einer nachträglichen Erfüllung der Pflicht besteht. Entsprechend hat auch das Bundesverfassungsgericht dies kritisiert. Es sollte daher für die Jobcenter eine Möglichkeit geschaffen werden, bei der nachträglichen Erfüllung einer Pflicht die Sanktion abzumildern oder ganz aufzuheben.

Eine Sanktionierung kann in bestimmten Fällen multikausal sein. Aus diesem Grund ist es nach einer erfolgten Sanktionierung, vor allem bei Personen unter 25 Jahren, notwendig, dass diese sofort ein Angebot des psychosozialen Coachings erhalten, um etwaige psychische Probleme oder weitere Vermittlungshemmnisse rechtzeitig zu erkennen und auf diese bei der Sanktionierung entsprechend einzugehen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schafft aber für die Jobcenter auch viele neue Ermessensspielräume bei der Sanktionierung von Grundsicherungsbeziehern. Damit dadurch kein unüberwindbarer Aufwand für die Vermittlungsfachkräfte entsteht, ist es notwendig, dass durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales oder die Bundesagentur für Arbeit in Absprache mit dem Bundesverfassungsgericht Hinweise zur Ausübung des Ermessensspielraums ausgearbeitet werden. Nur so kann für die Vermittlungsfachkräfte Rechtssicherheit geschaffen werden. Auch würde dies einen Schutz vor vielen Klagen gegen die Entscheidungen bieten und somit sowohl die Jobcenter als auch die Sozialgerichte entlasten.

---

<sup>1</sup> vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit. (2019) Tabellen, Sanktionen (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2007). Januar 2007 bis Juni 2019. Nürnberg, Oktober 2019 [https://statistik.arbeitsagentur.de/nn\\_1021952/SiteGlobals/Forms/Rubriken-suche/Rubrikensuche\\_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input=&pageLocale=de&topicId=1023378&year\\_month=aktuell&year\\_month.GROUP=1&search=Suchen](https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_1021952/SiteGlobals/Forms/Rubriken-suche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input=&pageLocale=de&topicId=1023378&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen)

<sup>2</sup> vgl. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 05. November 2019 – 1 BvL 7/16 –, Rn. (193 und 213), [http://www.bverfg.de/e/ls20191105\\_1bvl000716.html](http://www.bverfg.de/e/ls20191105_1bvl000716.html)

getestet und geprüft und mit Gutachten versehen. In diesem Gutachten heißt es, dass meine Heizung hervorragend sei. Sie ist 25 Jahre alt und hat einen geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoß und kaum Schwebstoffe.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Viel heiße Luft!)

Das sagt nicht nur der Kaminkehrermeister, sondern auch der Heizungsbauer.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternativen. Soll ich eine Scheitholzanlage einbauen? – Das ist wenig sinnvoll. Dafür brauche ich eine Automatisierung, die ich nicht habe. Holzpellets und Hackschnitzelanlagen sind wegen des erforderlichen großen Platzbedarfs nicht möglich. Stellen Sie sich vor, das würde jeder machen! Wie viele Wälder müssten wir dafür abrodern? Das ist im Übrigen CO<sub>2</sub>-schädlich. PV- und Solarthermie-Anlagen sind wegen der falschen Ausrichtung des Hausdaches nicht vielversprechend. Wärmepumpen sind wegen fehlender Flächen, wenn es um Erdwärmekollektoren geht, nur als Luft-Luft-Kollektoren oder Luft-Brunnenwasser-Anlagen realisierbar, wie man mir gesagt hat. Flüssigkeitsanlagen scheidet ohnehin aus. Die machen nur die Amerikaner reich. Nahwärme und Fernwärme sind auch auf dem Land der große Renner. Aber wenn Sie sich darauf einlassen, bekommen Sie einen Knebelvertrag vorgelegt, so wie ich. Dann müssen Sie das bezahlen, was am Schluss herauskommt. Das wissen Sie vorher aber nicht. Das ist keine Alternative. Es gibt nur einen Anbieter. Wenn dieser Pleite macht, dann muss ich nachzahlen. So kann ich das Häuschen auch gleich verkaufen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Swoboda, Ihre Redezeit!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** So wie mir geht es vielen. Passen Sie auf! Die nächste Wahl kommt bestimmt. Gehen Sie bei Ihrem Programm 2020 von 30 runter auf 20. Ich wünsche Ihnen, wenn Sie so weitermachen, einen schönen Abend. Einen schönen Abend wünsche ich – –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Swoboda. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/4566, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/4617, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung in der FDP sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/4618, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen! – SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/4567, 18/4568, 18/4571 sowie 18/4619 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt,  
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)**  
Drs. 18/4571

**Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Julika Sandt**  
Mitberichterstatter: **Matthias Enghuber**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 17. Sitzung am 14. November 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Doris Rauscher**  
Vorsitzende



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/4571, 18/5720

**Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Über die **Listennummer 26**, den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Möglichkeiten zur rechtzeitigen Bekämpfung von Engerlingsbefällen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen" auf Drucksache 18/4397, ist gesondert abzustimmen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. November 2019 (Vf. 18-VIII-19) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
  1. Bayerische Staatsregierung
  2. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
  3. Bayerischer Landtag
  4. Bayerischer Ministerpräsident
  5. Bayerische Staatskanzlei
  6. Beauftragte und stellvertretender Beauftragter des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“
  7. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
  8. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
  9. Präsidentin des Bayerischen Landtagsvom 13. November 2019 über die Frage, ob
  1. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern („Rettet die Bienen!“) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 405, BayRS 791-1-U) und
  2. das Zweite Gesetz zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408)die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.19-0017  
Drs. 18/5725 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist teilweise unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. November 2019 (Vf. 19-VII-19) betreffend Antrag vom 13. November 2019 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern („Rettet die Bienen!“) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 405, BayRS 791-1-U) und
  2. des Zweiten Gesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408)

PII-G1310.19-0018  
Drs. 18/5724 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegenreten I:  
Studienabbrüche im Lehramt evaluieren und Maßnahmen entwickeln  
Drs. 18/3771, 18/5708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegentreten II:  
Wechsel in Studium und Referendariat zu Lehramt Grund- und Mittelschule erleichtern  
Drs. 18/3772, 18/5709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegentreten III:  
Zweitqualifizierung dauerhaft gut ausstatten  
Drs. 18/3773, 18/5710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegentreten IV:  
Mehr Studienplätze für das Grundschullehramt an den Universitäten  
Drs. 18/3774, 18/5711 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegentreten V:  
Lehrkräfteausbildung reformieren  
Drs. 18/3775, 18/5712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lehrkräftemangel entgegneten VI:  
Besoldung der Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen verbessern  
Drs. 18/3776, 18/4983 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesamtstrategie Digitale Bildung I –  
Entwicklung eines Rahmenlehrplans Digitale Bildung  
Drs. 18/3908, 18/5691 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesamtstrategie Digitale Bildung II –  
Lehrkräftebildung im und für das digitale Zeitalter  
Drs. 18/3909, 18/5713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesamtstrategie Digitale Bildung III –  
Lehrkräftefortbildung für Lernen mit und über digitale Medien  
Drs. 18/3910, 18/5692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur in Bayern  
Drs. 18/4080, 18/5694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen auch für den Standort Flughafen München einsetzen  
Drs. 18/4084, 18/5400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Religions- und Ethikunterricht neu denken – Dialogunterricht umsetzen!  
Drs. 18/4169, 18/5695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bürokratie abbauen, landwirtschaftliche Praxis realitätsgetreu abbilden, Datentransfer vereinfachen  
Drs. 18/4230, 18/5763 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



24. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)  
Medikamentenentsorgung  
Drs. 18/4316, 18/5403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)  
Möglichkeiten zur rechtzeitigen Bekämpfung von Engerlingsbefällen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen  
Drs. 18/4397, 18/5764 (ENTH) [X]

**Über diesen Antrag wird gesondert abgestimmt**

26. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Batterie-Pfand einführen – wertvolle Ressourcen erhalten und Umwelt schützen  
Drs. 18/4400, 18/5404 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Andreas Winhart, Jan Schiffers u. a. AfD  
Erhaltung und Neuschaffung der bayerischen Auwälder  
Drs. 18/4401, 18/5405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sammelabschiebungen nach Afghanistan  
Drs. 18/4418, 18/5567 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Meldeverfahren auch in Bayern für antisemitische Vorfälle an Schulen aufstellen  
Drs. 18/4420, 18/5697 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow u. a. CSU  
Nürnberg 2025: Ja zur Europäischen Kulturhauptstadt  
Drs. 18/4442, 18/5767 (E) [X]

**Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER**

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für eine ehrliche Klimabilanz Bayern  
Drs. 18/4465, 18/5410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Studie zur Relevanz des Mikroplastikeintrags durch Direkteinleiter  
Drs. 18/4466, 18/5411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)  
Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen  
Drs. 18/4571, 18/5720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher u. a. SPD  
Für sichere Lebensmittel und zum Schutz der Bevölkerung:  
Bayerische Grenzwerte für PFC-Umweltgifte festlegen  
Drs. 18/4576, 18/5412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
EU demokratisch, bürgernah und transparent gestalten – Beteiligung gewählter Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Kommunen und Regionen bei der geplanten „Konferenz zur Zukunft Europas“ sicherstellen  
Drs. 18/4592, 18/5558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einheitlicher Bußgeldkatalog für Lebensmittel- und Hygienekontrollen  
Drs. 18/4598, 18/5413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Expertinnen- und Expertenanhörung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (BayPVG)  
Drs. 18/4601, 18/5626 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerns Auwälder besser schützen!  
Drs. 18/4607, 18/5757 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Hartz-IV-Urteil: nicht nur umsetzen, sondern Sicherungssystem reformieren!  
Drs. 18/4619, 18/5721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Alexander König u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über Förderstrukturen für bayerische Spitzentechnologie im Bereich der Künstlichen Intelligenz  
Drs. 18/4753, 18/5325 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

45. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u. a. CSU  
Repräsentative Ultrafeinstaubmessungen in Bayern  
Drs. 18/4884, 18/5415 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>